

Mai
'84

Zeitschrift für Recklinghausen

HOLZWURM



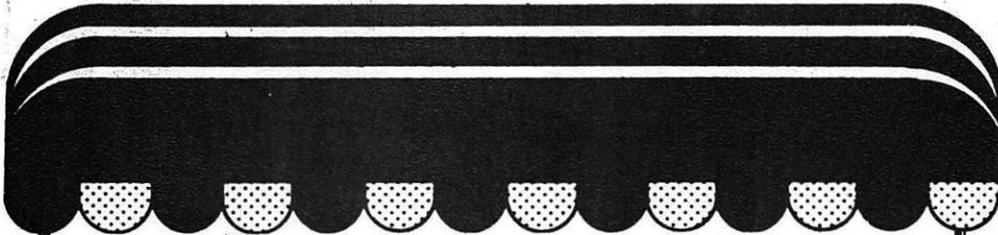
DAS GROSSE DUELL,....

Weitere Themen:

KOMMUNALES WAHLRECHT
FÜR AUSLÄNDER

Gespräch mit dem
künstlerischen Leiter der

RUHRFESTSPIELE



Aus der Redaktion

Liebe Leute!

Vorhang auf und Jalousien hoch - der Mai ist da.
Zeit zum Leben und Lieben.

Zeit in die Ruhrfestspiele zu gehen (besonders wenn
Freikarten eingetroffen sind). Und Zeit zum Verreisen,
so wie es Arno getan hat. Soweit mir bekannt
ist, will er mit Conny in Holland am Meer packen.

Ina meinte neulich, ich sollte den Leuten erklären,
warum die April-Ausgabe so spät erschien. Lieber
würde ich erklären, warum wir überhaupt noch
erscheinen.

Ach was, setzt euch noch etwas der Sonne aus.
Wiedersehen am 1. Mai.

ciao

Euer Hebbert

Wolfgang Lichtenstein

heißt der künstlerische
Leiter der Ruhrfestspiele.
Seit einem knappen Jahr
arbeitet er dort, wir
fragten ihn zu seiner
Person und seiner Arbeit
in Recklinghausen.
Zu lesen auf Seite 32.

"Und das lähmt den Mut"

Nachdem wir in unserer
Januar-Ausgabe einen Be-
richt von Ahmmad Mohammad,
einem syrischen Asylanten,
zur allgemeinen Situation
in Syrien veröffentliche-
ten, folgt in dieser Num-
mer ein Interview mit ihm.

Seite 18.

35-Stunden-Woche

Das Thema des 1. Mai. Was vor fünf Jahren noch von der Gewerkschaftsführung abgeblockt wurde, ist zum aktuellen gesellschaftlichen Konflikt geworden. Den wirtschaftlichen Hintergrund und die Geschichte der Arbeitszeitverkürzung wollen wir in dieser Ausgabe darstellen.

Seite 10

Hermann Bogdal

hat den zweiten Band der Trilogie "Rote Fahnen im Vest" fertig. Wir sprachen darüber mit dem Autor. Interview auf Seite 28.

Giftgas

Mitte März rückte das Elisabeth-Krankenhaus in den Blickpunkt. In dem Hospital wurden Soldaten aus dem Iran behandelt, die in dem Krieg zwischen Iran und Irak Giftgas ausgesetzt waren.

Um den Hintergrund zu erhellen zitieren wir aus der "Roten Fahne"
Seite 36



Seit dem letzten Jahr hat sich eine Menge in unserer Redaktion geändert. Die Tasse zum Beispiel steht jetzt auf der anderen Seite des Schreibtisches. Aber mal im Ernst. Das Foto zeigt Frank im alten Büro Auf dem Graben. Jetzt verfügen wir über zwei Büroräume. Wer mal in der Münsterstraße 2a vorbeikommen möchte, darf nichts gegen gelbe Wände und blaue Fußböden haben. Tüs.

INHALT

"Arbeit für alle - 35-Stundenwoche"/Geschichte der Arbeitszeitverkürzung 10

"Und das lähmt den Mut" - Interview mit einem Asylanter 19

Ausländer sollen mitwählen - Kommunalwahlrecht für Ausländer 22

"... und so sind wir gerne gekommen." - Interview mit Wolfgang Lichtenstein bei den Ruhrfestspielen 32

Brecht: "Sie können ganz besorgt in die Zukunft blicken" Theaterkritik 24

"Rote Fahnen im Vest - Interview mit Herman Bogdal 28

Iraner im Elisabeth-Krankenhaus 36

Magazin - Kurzmeldungen aus Recklinghausen 4

Kleinanzeigen 8

Impressum 31

Termine/Veranstaltungen 43

MAGAZIN

Hausdurchsuchung

Eine Überraschung war es nun nicht. Die Polizisten des 14. Kommissariats fanden in den Wohnungen von Neonazis Stahlhelme, Führerbild und NS-Fahne.

In den Morgenstunden des 3. April wurden acht Wohnungen in Recklinghausen, Witten, Bochum und Haltern durchsucht. Wie aus dem Polizeipräsidium verlautete, standen die Durchsuchungen im Zusammenhang mit dem provokanten Auftritt einer Gruppe von Neonazis, die vor dem Lohtor-Ehrenmal am 17. Februar Nazilieder darbrachte.

Und weiter aus dem Polizeibericht: Man brauchte keine Gewalt anzuwenden, die Wohnungen wurden auf Klingeln geöffnet. Keine Überraschung ist auch die Praxis bei Tätern aus der Faschisten-szene, alle auf freiem Fuß zu belassen, da sie ja einen festen Wohnsitz haben.

Wahr und unwahr

Wahr ist, daß Oberbürgermeister Wolfram Gefahr läuft, sein Vorderteil zu verlieren und fürderhin nur noch Bürgermeister genannt zu werden. Unwahr dagegen ist, seine Stellvertreter dürften schließlich, da es nur einen Meister geben kann, nur den Titel Bürgergesellen führen.

April - April

Aufmerksame Leser haben es gleich gemerkt, daß wir sie in der letzten Ausgabe "in den April geschickt" haben.

Der im Reisebericht "Alle Kauen dieser Welt" von William W. Ashraum abgebildete Kauenhaken ist natürlich nicht aus Borneo, sondern ein Haken aus Singapur.

Gut aufgepaßt.

Gegendarstellung

"Unwahr ist, daß ich vergessen hätte, Ina zum Geburtstag zu gratulieren.

Wahr dagegen ist, daß ich die Kleinanzeige in der Redaktion bei Fränk, Klaus und Ede W. abgegeben habe."

Maria

Anmerkung der Redaktion: Nach dem Landespressegesetz sind wir verpflichtet eine Gegendarstellung ohne Prüfung des Wahrheitsgehaltes abzudrucken. Doch bemerken wir, daß die Redaktion als Körperschaft nie behauptet hat, Maria hätte vergessen, Ina zum Geburtstag zu gratulieren.

In diesem Zusammenhang wüßten wir gerne, ob es sich bei unterzeichneter Person um Maria Magdalena, Maria Matuschek oder Aba Sia Maria handelt.

Desweiteren ist uns die Existenz eines Ede W. nicht bekannt.

Büro eröffnet

Mit einer Fete wurde die Einweihung gefeiert. An der Herner Straße Nr. 43 haben Die Grünen ihr Büro eröffnet. Damit ist ein Ziel erreicht, nämlich der Bevölkerung einen Anlaufpunkt zur grünen Partei zu bieten. "Alle Sitzungen, wie das Plenum am Montag, sind öffentlich, im Gegensatz zu den anderen Parteien", so ein Sprecher.

Die Grünen gehen auf andere Gruppen und Initiativen zu, haben auch über ihre 30 Mitglieder hinaus mitarbeitende Freunde. Denn "wir wollen nicht jeden sofort in die Partei ziehen".

Das nächste Ziel ist der Sprung ins Rathaus bei den kommenden Kommunalwahlen. Das Programm zu den Wahlen wird der Bevölkerung am 1. Juni vorgestellt.



Die "Alte Post" am Martinitor soll erhalten bleiben. Sicher eine beruhigende Meldung, da augenblicklich in der Innenstadt der Abbruchhammer regiert. Bislang diente das leerstehende Fachwerkhaus als Werbeträger für alle möglichen Plakate, nun sei an eine Wiedernutzung als Kneipe gedacht.

Kalendarium Mai

- 02.05.1933 Zerschlagung der freien Gewerkschaften in Deutschland
- 03.05.1980 5.000 Leute besetzen die Tiefbohrstelle 1004 bei Gorleben und rufen die "Freie Republik Wendland" aus
- 04.05.1889 Größter deutscher Streik im 19. Jahrhundert, 150.000 fordern den 8-Studentag
- 05.05.1955 Die BRD wird souverän (die Alliierten behalten sich ihre Rechte für Berlin, für Deutschland als Ganzes und einen Friedensvertrag vor), die BRD wird Nato-Mitglied (9.5.)
- 06.05.1980 Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion wird begleitet von Großdemo und militantem Widerstand
- 07.05.1954 Nach 56-tägiger Belagerung fällt die französische Festung Dien Bien Phu. Wende im Indochina-Krieg
- 08.05.1945 Bedingungslose Kapitulation Deutschlands, 'Befreiung' vom Faschismus
- 10.05.1933 Öffentliche Bücherverbrennung der Nazis
- 10.05.1940 Überfall der Hitler-Truppen auf die Niederlande, Belgien, Frankreich und Luxemburg
- 11.05.1951 Bundestag verabschiedet Gesetz zur obligaten Wiedereinstellung aller nach 1945 im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Personen
- 11.05.1952 30.000 Jugendliche demonstrieren gegen Remilitarisierung in Essen. Polizei erschießt den Arbeiter Philipp Müller
- 11.05.1968 70.000 demonstrieren in Bonn gegen die Notstandsgesetze
- 13.05.1968 Generalstreik in Frankreich, de Gaulle flieht nach Baden-Baden
- 26.05.1952 Wiederbewaffnung in der BRD
- 27.05.1525 Thomas Münzer, revolutionärer Führer im Bauernkrieg wird im Fürstenlager vor Mühlhausen mit dem Schwert hingerichtet
- 27.05.1832 Hambacher Fest

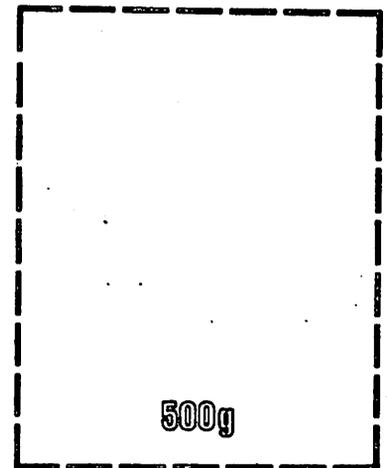
Dioxin

Etwa zum Erscheinen dieser Ausgabe soll die Verbrennungsanlage bei CWH auf 900 Grad umgerüstet sein, der Betrieb wieder aufgenommen werden. Abgeschaltet wurde die Anlage, in der Abfall aus der Petrochemie und der Kunststoffproduktion verbrannt werden, weil im Filterstaub "Spuren" von Dioxin festgestellt wurden. Eben weil beim Fahrbetrieb die Verbrennungstemperatur deutlich unter 900 Grad lagen.

Doch auch aus dem NRW-Gesundheitsministerium verlautet, daß keine gesundheitlichen Gefahren für die Bevölkerung bestünden. Denn im Filterstaub der Verbrennungsanlage waren 4 ppb (part per billion = 1 Teil von 1 Milliarde Teilen) Dioxin festgestellt worden. Und weiter zur Erläuterung: Das englische "billion" steht für die deutsche Einheit "Milliarde". Zum Vergleich: 1ppb entspricht dem zahlenverhältnis von einer Sekunde zu rund 32 Jahren. Oder: 1 ppb ist gleich 5 Menschen der gesamten Weltbevölkerung. Sie können also beunruhigt sein.

Amnesty

Die Leute von amnesty international verkauften individuelle gestalteten Osterschmuck auf dem Altstadtmarkt. Der Erlös soll der Unterstützung von Appolinaire Sodjo dienen. Der ca.30jährige Angestellte der Hafenbehörde in der Volkssozialistischen Republik Benin, früher Dahome, ist seit 1981 ohne Prozeß eingesperrt. Nicht einmal eine Anklageschrift existiert. Sein "Verbrechen", so ein Sprecher der örtlichen ai-Gruppe, "war die Verbreitung eines Flugblattes zur Unterstützung der protestierenden Studenten in Benin". Besonders anklagenswert seien die unwürdigen Verhältnisse in den Gefängnissen. In Zellen von 18qm seien bis zu neuen Mann eingesperrt.

Richter

Am 24.April 1934 ist der "Volksgerichtshof" eingerichtet worden.

Die Vereinigung Berliner Strafverteidiger hat in einer Erklärung anlässlich des 50.-Jahrestages der Gründung die "sofortige Anklageerhebung" gegen die noch lebenden und namentlich bekannten Ankläger und Richter gefordert.

Die Verteidiger betonen, daß bisher "kein Richter oder Ankläger dieser Mordmaschine verurteilt, ja nicht einmal angeklagt" sei.

MAGAZIN

Bewerbung

Noch bis zum 27. Mai ist Zeit, liebe Leser, sich um das Amt des Stadtdirektors zu bewerben.

"Wer sich für geeignet hält, kann sich bewerben", klingt es aus dem OB-Büro. Förderlich wird es sein, wenn der Bewerber (jajwohl der) schon Beigeordneter für Jugend, Schule und Sport ist. Kein Hindernis ist es, wenn der Bewerber früher Sprecher der SPD-Landtagsfraktion war.

Wer darüberhinaus über das Mitgliedsbuch der Recklinghäuser Mehrheitspartei verfügt und nichts gegen 9000 DM Gehalt einzuwenden hat, sollte die Stelle so gut wie im Sack haben. ***

Das hat ja geklappt.

Wenn besorgte Bürger noch vor Jahresfrist fürchteten, das alte Knappschafts-Krankenhaus werde abgerissen, weil sich wegen der 16 Mio. Forderung kein Käufer fände, so werden sie jetzt eines Besseren belehrt.

Eine Krankenkasse verkauft einfach einer anderen, hier die AOK, das Gebäude und geht um 6 Mio. runter. Und dann erwirbt auch noch die Stadt das nun leerzuziehende AOK-Gebäude für ein immer gewünschtes Vestisches Museum.

Das ist der Schokoladenpudding, hier kommt die Sahne: Obendrein kündigt die AOK an, sie (wo doch die Kassen immer stöhnen) benötige in ihrer neuen Geschäftsstelle auch noch 40 zusätzliche Mitarbeiter. Wer hier noch mal etwas gegen die Politiker sagt, der bekommt was zu hören. Der Zeitpunkt, an dem der HOLZWURM sein Erscheinen mangels Problemen einstellen muß, scheint nähergerückt. ***

Ausgefallen

Nicht zustande kommt der im Juni geplante Friedenskongreß aller Städte und Gemeinden, die wie Marl sich zur atomwaffenfreien Zone erklärt oder einen Beschluß gegen die Stationierung der ABC-Waffen gefällt haben.

Von ca. 80 angeschriebenen Städten und Gemeinden hatten gerade acht zugesagt, ein großer Teil abgewunken, so auch die Städte des Kreises Recklinghausen. ***

Integrationsmaßnahmen..

für das Neben- und Miteinander beim Schulbesuch deutscher und türkischer Kinder haben im Bereich der Hinsberg-Schule noch nicht ge-griffen. Von 58 angemeldeten Kindern im Wohnbereich der Blumenthalkumpel sind 32 türkischer Nationalität. Aus der Siedlung "Lange Wanne" geht nur ein Kind in diese Grundschule, die anderen, da die Eltern die Wahl hatten, gehen zum Romberg.

Und das, obwohl die türkischen Kinder den Kindergarten besucht haben und hervorragend Deutsch sprechen. ***



Gesprächsfetzen beim HOLZWURM-VERKAUF

Eine junge Frau: "Eigentlich interessiert mich das nicht, was gerade in Recklinghausen passiert".

Junger Mann: "Tut mir leid."

Anderer Mann: "Vorgestern schon bekommen, lag in einer Kneipe rum" (Das Heft war druckfrisch)

Erfreulich: "Du, ich hab' abonniert."

Abschließender junger Mann: "Ach nee, du, ich bin konstanter Spiegelleser" - Er schaut Ina näher an: "Tut mir leid, wenn das jetzt gemein war". - Tut uns auch für dich leid. ***

Patenkinder...

machen nicht allen Leuten Freude, nicht zuletzt, wenn es sich um Hubschrauberstaffeln der Bundeswehr handelt. Im Juni soll die Übernahme der Patenschaft über das Heeresfliegerkommando 1 in Rheine-Bentlage durch den Kreistag perfekt werden. Eine bislang einzigartige Patenschaft, "die eher zufällig zustanden gekommen" sei. Wenn da mal bloß nicht ein Fraktionsvorsitzender aus dem Kreistag an den Rotorblättern gedreht hat. Beruhigend, daß die Heeresflieger im Kreis bei einem Katastrophenfall die Luftrettung übernehmen - in der Hoffnung, daß sie nicht vorher diese Katastrophe selbst hervorgerufen haben.

Unterschriften...

für die Freilassung ihrer in der Türkei inhaftierten Landsleute sammelten im April die Mitglieder des Türkischen Arbeitervereines Recklinghausen. Gerade noch wurden 25 Todesurteile gegen Regimegegner in der Türkei ausgesprochen.

Ruine

Befürchtungen bewahrheiten sich oft. In diesem Falle geht es um die Existenz des "Hauses König Ludwig" Als Gaststätte mit großem Versammlungssaal spielte es eine große Rolle in der Südstadt. Nun sind umfangreiche Renovierungsarbeiten notwendig. Der Pächter sieht allerdings schwarz, weil er befürchtet, daß z.B. Kegelervereine in Lokale abwandern, die bessere Bedingungen bieten. Und er weist darauf hin, daß "...die Konkurrenz durch das 'Bürgerhaus Süd' schon groß genug ist, verschärft dadurch, daß die Stadt dort wesentlich günstigere Saalmieten fordert als im "Haus König Ludwig".

☆☆ **Kleinanzeigenmarkt** ☆☆

Sie ordnen sich unter um leben zu dürfen und sind dann zu untergeordnet um leben zu können.

Verschenke meine Gedichte:
H. Seethaler, Wasner G. 43
A-1200 Wien.

Luxman K-210 Tape zu verkaufen; NP 500,-, 3 Monate alt (noch 2 3/4 Jahre Garantie) top gepflegt und wenig gebraucht, VB 400; Matthias, RE, Tel 22361



BULLS

Tagchen Evert! Du hast Geburtstag? Na, dann ...
Arno

ES GIBT JUWELEN... SILBERZEUG... PELZE...



King Features Syndicate, Inc.

DIRK

Lieber Dirk!

.....
.....;
.....!.....!

(Anm.d.Red.: Die obige Mitteilung erreichte uns anonym. Wir vermuten, daß der Angesprochene ein Anhänger der non-verbale Gesprächstherapie ist. Unsere Versuche die Mitteilung zu decodieren, reichten nicht. Nur daß es was mit "Geburtstag" zu tun, konnten wir rausfinden.)

Menschen!

Wir sind da! Und wir beobachten!! Ändert euch!!! Die Außerirdischen

Suche wohl noch Leute, die Lust haben in RE nicht allein zu wohnen.

Jussy 15840

Kohleöfen billig abzugeben; Holzwurm, Münsterstr. 2a, Tel. 15698

Hebbert's

Kommentar



In diesem Zusammenhang fällt mir ja auch noch die Sache mit dem Oberstadtdirektor ein. Es ist wirklich wahr: je näher die Kommunalwahlen rücken, um so lustiger wird der Lokalteil der Tageszeitungen. Da gibt's Dinge, die gibt's gar nicht: Ein Oberstadtdirektor wird pensioniert, ein neuer Stadtdirektor wird gesucht. Daß "selbstverständlich" auch eine Frau "Stadtdirektorin" werden kann, vergaßen die Herren Politiker. Die Herren im Bundestag wissen es seit der letzten Debatte: die Frau hat immer noch nicht die gleichen Chancen wie der Mann. Was hilft's?!

Ganz richtig, Frau Mrosek, daß Sie da in einem Leserbrief auf die Barrikaden gehen! Sie haben doch vollkommen recht, diese Stadt ist frauenfeindlich. Nur, daß gerade Sie als CDU-Abgeordnete diese glorreiche Bemerkung fallen lassen, haut mich um. Wer im Glashauss sitzt, sollte bekanntlich nicht mit Steinen

schmeißen. - Seien Sie doch mal ehrlich, gerade Ihre Partei trägt doch wohl noch weniger zu Ihrer Gleichberechtigung und Ihrer Selbstverwirklichung bei.

Und dann ist das Ganze auch noch so sinnlos! Wenn Sie sich die Herren nur mal ansehen würden, die da über Ihre Chancengleichheit reden. Die räumen sich selber doch nicht einmal die gleichen Chancen ein. Da zählen doch keine geistigen Qualifikationen - da zählt, wer mit wem, wer mit wieviel Geld und wer mit welchem Einfluß.

Sollen die doch gleich ihre Posten und Sitze verteilen, ohne noch so zu tun, als würden sie ganz demokratisch gewählt, ich glaube, das Ergebnis wäre das Gleiche! Aber andererseits - es wäre auch nur halb so lustig. Also weiter so, ich lache gern beim Frühstück

bis dann
Hebbert

Nicht zu glauben - in ein paar Monaten sind schon Kommunalwahlen, und es steht in den Sternen, ob es sich überhaupt lohnt! Denn: was macht denn unser Ober-Erich ohne seinen "Ober"? Das ist ja wie ein Kaiser ohne Krone, oder: wie hieß das noch?,- wie ein Fisch ohne Fahrrad! Hoffen wir das Beste - Pardon, das Oberbeste für ihn.

Wie man kleine Netze baut

Ein Handbuch stadtteilorientierter Kultur- und Bildungspolitik will dieses Buch "Wie man kleine Netze baut", das in diesen Tagen erscheint, sein. Die Autoren Noll, Goldmann und der Recklinghäuser Blumbach haben sich mit diesem Projekt das Ziel gesetzt, "Stadtteilorientierte Bildungsarbeit" in zwei unterschiedlich strukturierten Stadtteilen - gewachsene Bearbeitersiedlung in Recklinghausen-Hochlarmark, Neubaussiedlung in einer Trabantenstadt in Dortmund-Scharnhorst, einen mehrjährigen Arbeits- und Lernzusammenhang aufzubauen. Diese Zielsetzung steht im Zusammenhang mit der Diskussion über die Benachteiligung von Arbeiterkindern im Bildungssystem.

Stadtteil

3. Herausgabe von Stadtteilzeitungen

4. Organisation und Durchführung von Elternseminaren und Familienwochenenden sowie "Nacharbeit" im Stadtteil

5. Aufarbeitung der Geschichte des Stadtteils durch die Bewohner.

Der zuletzt genannte Punkt hatte in Recklinghausen als Ergebnis, das Erscheinen des

"Hochlarmarker Lesebuches". Es wurde und wird vielbeachtet, dieses Buch, das eine Geschichtsschreibung von Unten verwirklicht - was natürlich beim Erscheinen zu politischen Querelen führte.

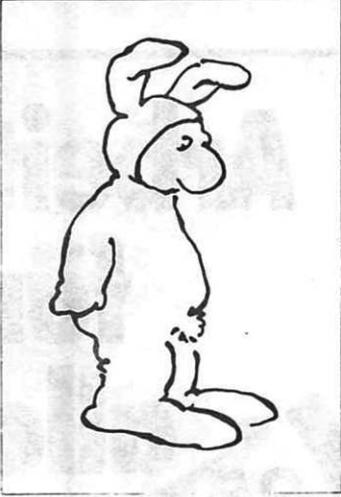
Das Handbuch mit seinen 230 Seiten wird DM 25 kosten. Es ist im Verlag Hans-Jürgen Zwingmann, Gelsenkirchen, erschienen.

BUCH KRITIK

Das Handbuch beruht auf den mehrjährigen Erfahrungen der Autoren und zeigt die Realisation stadtteilorientierter Bildungsarbeit, deren wesentliche Eckpunkte sind:

1. Erstellung einer Stadtteilanalyse,
2. Kontaktaufnahme und erste Formen der Zusammenarbeit mit den Bewohnern in ihrem Lebenszusammenhang sowie mit Institutionen und Vereinen im

Neues vom Schniedelwutz



Zeichnung: Jürgen Möller

MAGAZIN



Landstraße L 511 soll nun doch gebaut werden

1981 stand die L 511 das erste Mal in der öffentlichen Diskussion. Sie soll die Verbindung zwischen dem Autobahnzubringer an der Haltener Str. (Höhe Eierfranz) und der Devenstr. bei Oer-Erkenschwick herstellen.

Ziel der Straßenplaner ist es, den Norden der Stadt, insbesondere die Franz-Bracht-Str., vom Autoverkehr in Richtung Erkenschwick zu entlasten. Der Nachteil des Straßenneubaus liegt aber ebenfalls klar auf der Hand: es wird wieder ein Stück Natur vom Asphalt durchschnitten. Weiterhin stellt sich hier die Frage, inwieweit überhaupt noch neue Straßen gebaut werden sollen/dürfen, um das Autofahren noch attraktiver zu machen.

Jetzt steht aber erstmal das Genehmigungsverfahren an. Die Planungsunterlagen liegen vom 3. Mai bis zum 4. Juni im Tiefbauamt der Stadtverwaltung (Stadthaus A, Zimmer 122) zur Einsicht aus. Einsprüche gegen das Bauvorhaben sind noch bis zum 19. Juni möglich.

Was vor fünf Jahren noch von der Gewerkschaftsführung abgeblockt wurde, ist zum aktuellen gesellschaftlichen Konflikt geworden: die Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich.

Gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmer soll über den Weg der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Raum für neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Vorreiter spielt auch diesmal wieder die Industriegewerkschaft Metall, mit 2,5 Millionen Mitglieder die mit Abstand stärkste Einzelgewerkschaft in der BRD.

Obwohl ihre Basis geteilter Meinung zur 35-Stundenwoche ist, scheint ein Streik unvermeidbar.

Wir wollen den wirtschaftlichen Hintergrund des Konflikts beleuchten und sowohl die Geschichte als auch die verschiedenen Formen von Arbeitszeitverkürzung in dieser Ausgabe darstellen. In unserem nächsten Heft folgen kritische Anmerkungen und Kommentare zum Thema.

2,4 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose bilden den wirtschaftlichen Hintergrund der Arbeitszeitverkürzung. Nicht unmittelbar eigenen materiellen Interessen (Urlaub, Pausen, Lohn) sollen von den Lohnabhängigen verfolgt werden; es geht um die Solidarität mit den Arbeitslosen und den von ihr Bedrohten. Bereits 1990 können sechs Millionen Bundesbürger ohne Arbeit sein.

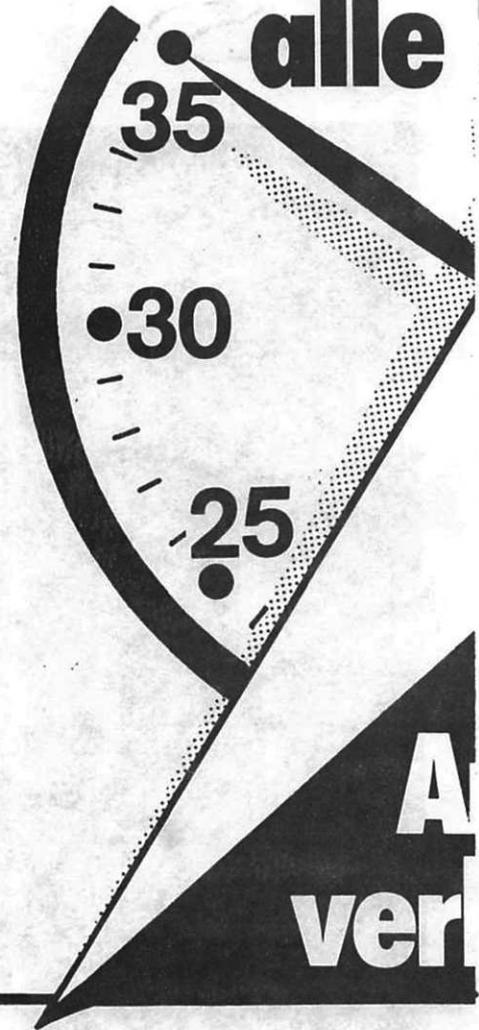
Innerhalb der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaft scheint es nur zwei Auswege zu geben:

- * Wirtschaftswachstum oder
- * Arbeitszeitverkürzung.

Abgesehen von den ökologischen Problemen scheint ein Wachstum von 5-6 Prozent im Jahr als utopisch. An eine Verkürzung der Arbeitszeit kommt keiner vorbei. Unterschiedlich sind allerdings die Wege, die vorgeschlagen werden:

- * Verkürzung der Wochenarbeitszeit,
- * Verkürzung der Lebensarbeitszeit,
- * Jobsharing und Jobsplitting.

Arbeit für alle



Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hängt das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt von drei Faktoren ab:

- Der Entwicklung der Erwerbspersonenanzahl
- den jährlichen Raten der Produktivitätssteigerung
- den Raten der Produktionssteigerung

Bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist von einer jährlichen Zunahme die Anzahl der Erwerbspersonen um mindestens

40'

durch Arbeitszeit- kürzung

200.000 bis 1988 auszugehen, sowie von einer wachsenden Erwerbstätigkeit und Dauer bei Frauen. Hinzu kommt die sinkende Bereitschaft zur Heimkehr ausländischer Arbeitnehmer, trotz finanzieller Anreize.

Die Möglichkeiten einer systemkonformen Arbeitsmarktpolitik können bei den oben genannten drei Faktoren ansetzen.

- Senkung des angebotenen Arbeitsvolumen
- Senkung/Verlangsamung der Entwicklung der Produkti-

vitätsrate
- Steigerung des Wirtschaftswachstums

Sowohl ein Stimulation der Produktion, als auch die Verlangsamung der Entwicklung der Produktivitätsrate scheint zu Zeit schwer möglich. Ebenso wird es als unrealistisch angesehen, das angebotenen Arbeitsvolumen erheblich zu reduzieren. Übrig bleibt lediglich eine Senkung des angebotenen zeitlichen Arbeitsvolumens, dafür sprechen unter anderem folgende Gründe:

- das Interesse der lohnabhängigen an Regenerierung/Schonung durch die Vermehrung von Freizeit bzw. Pausen
- von Seiten der Gewerkschaften, das Interesse an Verknappung des Angebots an Arbeit zur gerechteren teilung von Erwerbschancen und

einer besseren Tarifverhandlungsposition
- die Steigerung der Zeitsouveränität, - Erwartung der Arbeitnehmer auf Wegfall und Ausfall von Leerlaufzeiten, - die Steigerung der Stundenproduktivität

- mögliche sinkende Belastungen der Sozialversicherung durch die Verminderung des Verschleißes an Arbeitskraft,

- die Erwartung einer Vermehrung des Konsums der privaten Haushalte bei einer Verkürzung der Arbeitszeit und damit Verlängerung der Freizeit

Jobsharing

Jobsharing ist die Aufteilung eines oder mehrerer Vollzeit-arbeitsplätze auf eine Anzahl von Bewerbern, die größer ist, als die Zahl der Ar-

Aufgespießt

»...mir aber schreibt die Gewerkschaft vor, wieviel Taschengeld ich Dir geben muß. Da dieses Taschengeld ziemlich hoch ist, ist dies ein Grund mit, daß viele Jugendliche keine Ausbildung bekommen können...Strenge Dich weiter in der Schule an, melde Dich beim Arbeitsamt, verfolge weiter die Zeitungsanzeigen, höre Dich bei Bekannten um, gib selbst mal eine Anzeige auf, verliere nicht gleich den Mut. Alles, was gut ist, fliegt einem nicht gebraten in den Mund — man muß schon etwas dafür tun. Ich wünsche Dir viel Glück...«

Die Firma »Metallbau Seriot, Schweißfachbetrieb« in Münster in Absageschreiben an etwa 40 Jugendliche, die sich auf eine Anzeige hin um eine Lehrstelle beworben hatten.

Frankfurter Rundschau vom 19. April 1983

beitsplätze. - die Aufteilung kann nach rein zeitlichen Anteilen, aber auch nach funktionalen Gesichtspunkten. Die Jobsharer müssen den Arbeitsplatz vollschichtig besetzen, dabei ist die Verteilung der individuellen Arbeitszeit wie auch die Verteilung des Zeitanteils jedes Jobsharers in die Verfügung des Arbeitnehmers gestellt.

Verkürzung der Lebensarbeitszeit

Zur Zeit besteht die Möglichkeit in Rente bzw. Pension zu gehen bei Vollendung des 65. Lebensjahres bzw. für Frauen mit 60 und Männern mit 63 Jahren (flexible Altersgrenze). Sonderregelungen gelten für Schwerbeschädigte. Die Vorruhestandsregelung kann als Tariffrente auch Arbeitnehmern unter 60zig Jahren die Möglichkeit eröffnen, freiwillig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. In der Diskussion befindet sich zur Zeit die Vorruhestandsregelung für 58 jährige. Diese Regelung soll so lange gelten, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse fordern. Eine andere Möglichkeit ist eine vorgezogene gesetzliche Rente mit versicherungsmathematischen Abschlag, was nichts anderes als eine Reduzierung der monatlichen Rentenbeträge für den Lohnabhängigen bedeutet.

Vollkommen unklar ist, wieviel Arbeitnehmer von einer solchen Regelung Brauch machen werden.

Die 35 Stundenwoche

Rein rechnerisch würde die Einführung der 35 Stundenwoche die Schaffung von 1,6 Mio zusätzlicher Arbeitsplätze erfordern. Arbeitgeber wie auch Gewerkschaften rechnen jedoch allenfalls mit einer Beschäftigungsquote von 50 Prozent, also ca. 800.000

Neueinstellungen.

Die Argumente der Gewerkschaft für die Einführung lauten:

- Die 35 Stundenwoche sei ein Mittel zur Humanisierung des Arbeitslebens, als Reaktion auf die steigende Arbeitsproduktivität und den damit verbundenen Streß der Arbeitnehmer,
- als Beteiligung der Arbeitnehmer an steigenden Arbeitserträgen bei stagnierenden Sozialprodukt, - als Mittel

zur Rückkehr zur Vollbeschäftigung.

Die Argumente gegen die 35 Stunden-Woche lauten:

- vorausgesetzt wird die Aufteilbarkeit des Arbeitsvolumens auf mehr Arbeitnehmer,
- selbst bei Wegfall des Lohnausgleiches entstehen zusätzliche Kosten für den Arbeitgeber (auf Grund des hohen Anteils der Nebenkosten an den Personalkosten)
- die Verschlechterung der internationalen Konkurrenz

Tabelle 4

Rechnerische Beschäftigungseffekte ausgewählter Formen von Arbeitszeitverkürzungen¹

Form der Arbeitszeitverkürzung	Beschäftigungseffekt ² (Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze)
1. Einführung einer 5-minütigen Erholzeit pro Stunde für sämtliche Arbeitnehmer (nach dem Muster der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden)	1.000.000
2. Einführung einer 30-minütigen Erholzeit je Schicht für sämtliche Nachtarbeiter sowie 3- und 4-Schichtler (nach dem Muster der Mühlen-, Margarine- und Brauereindustrie ³)	80.000
3. Einführung von 6 zusätzlichen Freischichten für sämtliche Nachtarbeiter sowie 3- und 4-Schichtler (nach dem Muster der Eisen- und Stahlindustrie)	35.000
4. Einführung von 28 zusätzlichen Urlaubstagen für die über 60-jährigen Arbeitnehmer (nach dem Muster der Brauereindustrie)	35.000
5. Einführung von 3 zusätzlichen Urlaubstagen für die über 50-jährigen Arbeitnehmer (nach dem Muster der Eisen- und Stahlindustrie)	30.000
6. Verlängerung des Urlaubs für alle. Da die weitaus meisten Arbeitnehmer bereits das Erreichen des 6-wöchigen Jahresurlaubs absehen können und die 6-Wochen-Marge eine ziemliche Barriere darzustellen scheint, wäre als Forderung zu erwägen, für die jährlich 2 bis 3 lohnzahlungspflichtigen Feiertage, die auf einen arbeitsfreien Tag fallen, den folgenden Arbeitstag freizugeben. 1982 und 1983 ergäben sich so mit dem 1. Mai (Sa.) und den Weihnachtstagen (Sa. + So.) bzw. Neujahr (Sa.), 1. Mai (So.) und 1. Weihnachtstag (So.) jeweils drei zusätzliche Urlaubstage	160.000
7. Einführung der Wahlmöglichkeit einer vorgezogenen Pensionierung mit 60 Jahren bei 75%iger Lohnzahlung oder einer Arbeitszeitverkürzung auf 20 Stunden bei vollem Lohn ⁴ (nach dem Muster der Zigarettenindustrie)	175.000
8. Herabsetzung der Altersgrenze für alle Arbeitnehmer auf 60 Jahre (wie 1981 in der Metallindustrie diskutiert)	235.000
9. Herabsetzung der Altersgrenze für alle Arbeitnehmer auf 55 Jahre (wie seit 1977 in verschiedenen Stahlbetrieben gefordert und z.T. per Sozialplan realisiert)	1.000.000
10. Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden für die über 55 jährigen und auf 30 Stunden für die über 60 jährigen Arbeitnehmer (NGG-Konzept)	190.000
11. Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde für alle	300.000
12. Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um fünf Stunden für alle (35-Stundenwoche)	1.600.000

1 Unter der Annahme eines arbeitszeitinduzierten Produktivitätseffektes von jeweils 50%.
 2 Basis der folgenden Berechnungen ist die Struktur der Erwerbstätigen nach dem Stand von April 1979; vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1980.
 3 Ergänzende Angaben: 2,5 Mio. Arbeitnehmer leisten Nachtarbeit. (Stand: 1975; Quelle: Münstermann/Preiser, 1978, 2)
 4 Annahme: je 50% der Anspruchsberechtigten wählen je eine dieser beiden Varianten.



Teilzeitarbeit ist wirklich nicht unbedingt die Ideallösung

renzsituation (und der Verweis auf höhere Jahresarbeitszeiten in Japan und den USA),

- Rationalisierungen sind billiger als Neueinstellungen,

- das Überangebot an Arbeitskräften ist lediglich ein kurzfristiges Problem, nach 1990 wird die Zahl der Erwerbstätigen erheblich verringern, - eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sei nur durch ein stetiges Wirtschaftswachstum zu erzielen.

Eine Kleine Geschichte der Arbeitszeitverkürzung

1825 betrug die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 82 Stunden, sie sank bis 1900 auf 60 Stunden, und betrug 1927 45 Stunden. Der 8 Stundentag wurde zum ersten Mal von der Internationalen Arbeiterassoziation 1866 gefordert. Eine erste gesetzliche Begrenzung trat 1891 mit dem 11-Stundentag für Frauen in Deutschland in Kraft. Mit der Revolution von 1918 setzte die Arbeiterbewegung den 8

Stunden Tag durch, der durch die Faschisten wieder abgeschafft wurde. Die 40 Stundenwoche war das Ergebnis tariflicher Auseinandersetzungen Ende der 50ziger und Anfang der 60ziger Jahre. Die Forderung nach der 35 Stundenwoche entstand in den Betrieben (z.B. 1977 bei Opel Rüsselsheim) und wurde gegen den Widerstand der Gewerkschaftsspitze Bestandteil der Tarifaussensetzungen 1979. Das Ziel konnte nicht erreicht werden.

Grundsätzlich kann gesagt werden, daß die geschichtliche Entwicklung der Verkürzung der Arbeitszeit das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapital widerspiegelt. Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung im 19. Jahrhundert wurde aber nicht im gleichen Maße von der gesamten Arbeiterschaft getragen, sondern insbesondere von den proletarisierten Handwerkern der Städte. Im Gegensatz zu den ungelerten und der dörflichen Mentalität verfangenen Arbeitern der ländlichen Manufakturen und Fabriken bildeten die sozial abgestiegene Teile des Handwerks den sozialen Nährboden der Sozialdemokratie, die den Normalarbeitstag am nachdrücklichsten propagierte. Die Verkürzung des Arbeitstages ging einher mit der Normierung des Arbeitstages. Waren die Wochenarbeitsstunden vor und zu Beginn der Industrialisierung in den unterschiedlichen Branchen noch unterschiedlich hoch, so glich sich die Zahlen im Laufe des Jahrhunderts an. Aber nicht nur die Kämpfe der Arbeiterklasse führten zum Normalarbeitstag. Durch die Gestaltung einer systematischen Arbeitsorganisation (Bretano und Taylor) lag auch die Verdichtung des Arbeitstages im Interesse des Kapitals.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung wurde in der Vergangenheit hauptsächlich

mit dem Ziel geführt, die gesundheitliche Belastung der Lohnabhängigen zu reduzieren. Zwar gab es auch schon in den 20 Jahren Bemühungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Arbeitszeitverkürzung als Mittel der Beschäftigungspolitik zu begreifen, die heutige Situation, die 35 Stundenwoche einzuführen, um Arbeitsplätze zu schaffen, ist historisch einmalig.

Arbeitszeitverkürzung
und
Humanisierung

"Die Kollegen sind kaputt, und es wird jedes Jahr schlimmer", sagen die Gewerkschaften.

"Die Lebenserwartung steigt, wir tun alles für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen", sagen die Unternehmer.

Wem soll man glauben?

Zunächst ein Blick in den eigenen Betrieb. Was hat sich verändert in den letzten Jahren:

- Hat sich das Arbeitstempo verringert?



ARBEIT FÜR ALLE!

**BEI VOLLEM LOHN-
UND
PERSONALAUSGLEICH**

- Wurde Schichtarbeit abgeschafft oder verringert?
- Hat die Zahl der eingesetzten Chemikalien abgenommen?
- Ist es leiser geworden im Betrieb?
- Werden ältere Kolleginnen und Kollegen eingestellt?

* Regelmäßige Sonn- und Feiertagsarbeit weitet sich von 2,1 Mio. (1965) auf 3,2 Mio. (1975) Arbeitnehmer aus.

Wenn diese Fragen mit ja beantwortet werden können, hätten sich bei Euch die Arbeitsbedingungen tatsächlich verbessert. Aber: Euer Betrieb wäre die Ausnahme. Die Entwicklung verlief allgemein in die umgekehrte Richtung:

Die SCHICHTARBEIT nahm stark zu:

- * Schichtarbeit hat von 2,6 Mio. (1959) auf knapp 3,7 Mio. (1975), d.h. um durchschnittlich 70.000 Arbeitnehmer pro Jahr zugenommen.
- * Nacharbeit ist von 2,4 Mio. (1965) auf 3,0 Mio (1972) angestiegen, bis 1975 jedoch wieder auf 2,5 Mio. zurückgegangen.

LÄRM ist die häufigste Belastung. Lärm geht nicht nur aufs Ohr, er verstärkt vor allem den Streß bei der Arbeit. Herz- und Kreislaufkrankungen sowie Magenbeschwerden sind die Folge.

Die Zahl der CHEMIKALIEN, die eingesetzt werden und schwere Krankheiten hervorrufen können, hat sich nicht verringert, sondern stark erhöht. Die Zahl der krebserregenden Stoffe, die neu in die Liste der "maximalen Arbeitsplatzkonzentration" (MAK) kommen, erhöht sich jedes Jahr um ca. 10. Zur Zeit sind ca. 800 Stoffe dort erfaßt, in den USA sind es bereits 33.000. ÄLTERE ARBEITER UND ANGESTELLTE werden nicht eingestellt, sondern entlassen. Die Arbeitslosenquote der

Kolleginnen und Kollegen die älter als 55 Jahre sind, ist seit 1974 immer fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt. Die erste Folge dieser schlechten Arbeitsbedingungen ist: immer mehr Kolleginnen und Kollegen werden zu Frührentnern.

Mit der oft zitierten STEIGERUNG DER LEBENSERWARTUNG ist es nicht weit her. Fortschritte gab es bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit und bei der Steigerung der Lebenserwartung der Frauen. (Allerdings nicht bei der Lebenserwartung der erwerbstätigen Frauen!) Männer aber, die von den

industriellen Arbeitsbedingungen am stärksten betroffen sind, werden kaum älter als vor 30 Jahren. Ein 20-jähriger lebt heute 0,97 Jahre länger als 1950; ein 55-jähriger sogar nur 0,1 Jahre (das sind ca. 5 Wochen).

1950 hatte ein 55-jähriger im Durchschnitt noch 19,85 Jahre zu leben; er wurde also 74,85 Jahre. Heute wird jemand, der 55 ist, im Durchschnitt 74,95 Jahre alt.

Bedenkt man, daß die Medizin heute weiter ist als vor 30 Jahren, dann bedeutet der Stillstand in der Lebenserwartung einen erheblichen Rückschritt. Dieser ist sicherlich auf die industriell-

len Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Alles das zeigt: WIR BRAUCHEN EINE UMFASSENDE HUMANISIERUNG DES ARBEITSLEBENS! EIN WEG DAZU IST DIE VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT!

Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist zwar sinnvoll, aber der tägliche Streß ist nur durch eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zu vermindern! Gesund kommen wir nur bis zur 'Tarifrente', wenn die tägliche Arbeitszeit verkürzt wird.

aus: Weniger wäre mehr!, Revier Verlag



'HOLZWURM' MÖCHTE AN DER BREITEN STRASSE/KAISERWALL NFU BAUEN

Neues Gesicht für häßliche Ecke

Die städtebaulich häßliche Ecke an der Ecke Breite Straße/Kaiserwall erhält ein neues Gesicht. Hebbert Holzwurm hat die Altgebäude - mit Ausnahme der Viehtor-Klause - gekauft und möchte den Bereich neu bebauen. Pläne wurden dem Planungsamt schon präsentiert, doch die Fachleute zögern noch. Die Fassaden der beiden Nachbarhäuser (Sexshop und "Die Treppe") müssen bei der Bebauung berücksichtigt werden.

Ferner sei auch zu beachten, daß der gesamte Bereich einen Puff-Charakter besitzt, meint Planungsamtsleiter Knut Reißdochab. Er läßt jetzt die gesamte Umgebung - mit Nürnberger Haus und Stadtparkasse - zeichnerisch darstellen, um die Dimensionen vergessen zu können. Dies sei auch entscheidend für die Geschößzahl des neuen Komplexes, die maximal bei vierzig liegen dürfte.

Von heute auf morgen rücken also noch keine Abbruch-Bagger an!



Wer erinnert sich noch an diesen 'Scherz' aus der WAZ? Leider stand's etwas anders in der Ausgabe vom 30.3. Gemeint war nämlich die "häßliche"

Ecke schräg gegenüber. Der neue Bauherr ist auch nicht etwa unser Hebbert, sondern vielmehr Verleger Aurel Bongers. - Der architektonische Schwachsinn des widerlichen Kastens, in dem die WAZ residiert, hat sich hier wohl endgültig auf die Schreibe ihrer Redakteure übertragen. Aber Bäume pflanzen, wa?



*Diesen
Aufkleber
gibt's hier!*
Stck. 1.-DM

Alexander von Plato

„Der Verlierer geht nicht leer aus“

Betriebsräte geben zu Protokoll

Dietz Taschenbuch 9
Originalausgabe
220 S., 14,80 DM

In lebensgeschichtlichen Interviews entsteht das Bild einer Basiselite, die das Ruhrgebiet nach 1945 geprägt hat. Wie kam es, daß diese IG Metall-Betriebsräte, die ihre eigene politische Sozialisation in der Weimarer Republik oder unter dem Nationalsozialismus erfahren, die SPD fest im Revier verankern konnten? Nach einer knappen Einführung in die Organisationsentwicklung der IG Metall des Ruhrgebiets kommen die Betroffenen selbst zu Wort.

Beschimpfungen, Drohungen, physische Gewalt gegen Ausländer, Juden, Feministinnen, Homosexuelle und Sozialisten, gegen alles „Fremde“ und „Linke“ nehmen erschreckend zu. Die Autoren gehen den Ursachen nach, die sie nicht nur in der Lebenssituation der aggressiven jugendlichen Neonazis finden, sondern in einem von Politikern etablierter Parteien geschaffenen Klima, in dem die Relativierung der NS-Verbrechen möglich ist, ja der Pazifismus in die Nähe des Faschismus gerückt werden darf.

Werner Graf (Hg.)

„Wenn ich die Regierung wäre...“
Die rechtsradikale Bedrohung



etwa 212 S., ca. 24,- DM



Hrsg.: Lutz Niethammer,
Bodo Hombach, Tilman Fichter, Ulrich Borsdorf
„Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“
Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW

268 S., etwa 280 z.T. vierfarbige Abb., ca. 12,80 DM

„Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst. Das Proletariat ist in seiner Aktion von dem jeweiligen Reifegrad der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig, aber die gesellschaftliche Entwicklung geht nicht jenseits des Proletariats vor sich, es ist in gleichem Maße ihre Triebfeder und Ursache, wie es ihr Produkt und ihre Folge ist. Seine Aktion selbst ist mitbestimmender Teil der Geschichte.“ Dieser in der „Gebrauchsanleitung“ der Herausgeber zitierte Satz Rosa Luxemburgs ist Programm eines Buches, das nicht „fertig“ ist, es nie werden kann.

Die 35 Autoren, die meisten Historiker, fordern vom Leser nicht weniger, als „Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen. An vielen Beispielen aus über eineinhalb Jahrhunderten im Rheinland und in Westfalen handelt das Buch immer wieder von den Zusammenhängen von Arbeit, Alltag und den Möglichkeiten und Hemmnissen demokratischer Selbstbestimmung. Und oft wird an einzelnen Beispielen auch gezeigt, wie man die Geschichte des Lebens im eigenen Ort, im Betrieb, von Familien, von Organisationen und politischen Aktionen selbst erforscht, ihre Zeugnisse sammeln, ihre Geschichten aufspüren und durch sie Einsichten auch für heute gewinnen kann.“

„Durch diesen Band soll die Aufmerksamkeit geschärft werden, achtsam mit unserem Erbe umzugehen und aus ihm Beiträge zu einer neuen Volkstradition zusammenzusetzen, die vital und sensibel genug ist, um die großen Ideale der Linken in unseren Alltag zu holen und praktisch werden zu lassen: Freiheit, Solidarität, Selbstgestaltung.“

Es ist eine schwierige, langwierige und nicht ohne Widerstand gegen herrschende Trends zu bearbeitende Aufgabe, die die Herausgeber hier dem Leser aufbürden. Aber wir können uns einer Lösung annähern; denn wie Rosa Luxemburg sagte ...

Richard Löwenthal/Patrik von zur Mühlen (Hg.)

Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933-1945

Dietz Taschenbuch 8, 320 S., zahlr. Abb., 9,80 DM

Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie

Hg. u. eingel. v. Dieter Dowe u. Kurt Klotzbach
Vorwort von Johannes Rau
512 S., 12,80 DM

Sonja Pape-Siebert

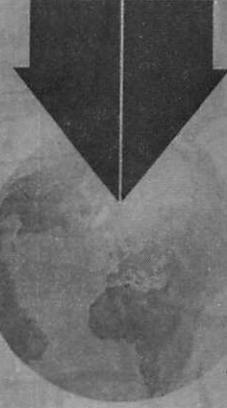
Genug gejammert! Oder verraten die Frauen den Feminismus?

Eine Streitschrift
182 S., 22,- DM

Während die Regierung noch die „freie Wahl“ der Frauen zwischen Beruf und Familie proklamiert — eine Wahl, die sehr viele Frauen schon aus finanziellen Gründen nie hatten —, rollt mit der Mikroelektronik eine Rationalisierungswelle auf uns zu, die Frauen massenweise aus den Büro- und Dienstleistungsberufen zurück an den Herd treiben wird — wenn sich nichts ändert. Und das heißt: wenn die Frauen selbst sich nicht ändern. Dies Buch ist ein Appell zu kämpferischer Selbsthilfe.

Hans Günter Brauch

ANGRIFF AUS DEM ALL
Der Rüstungswettlauf im Weltraum

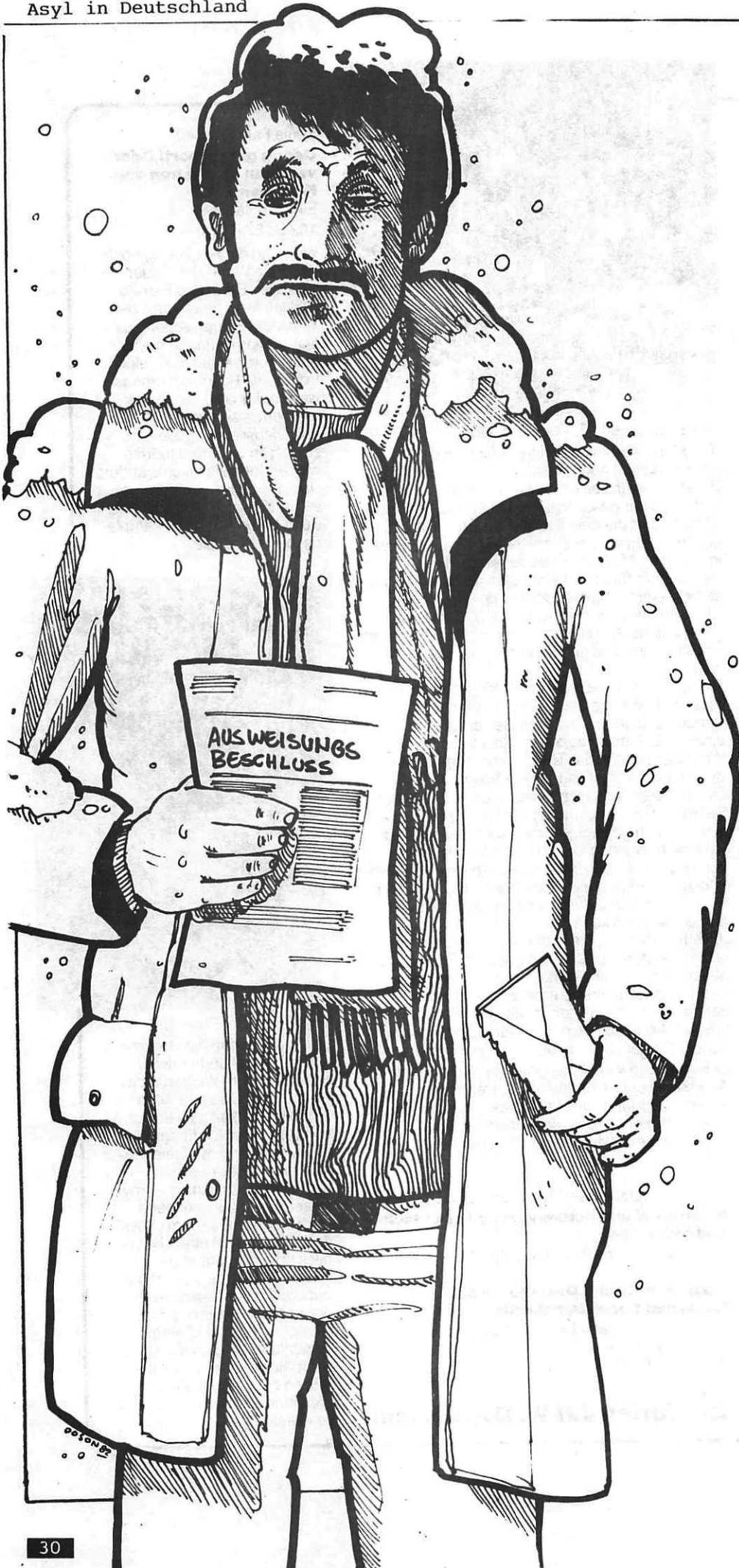


etwa 160 S., ca. 16,- DM

„Ich glaube, daß die Gefahr eines äußerst bedrohlichen Wettrüstens im Weltraum besteht und daß es jetzt noch eine Möglichkeit gibt, es aufzuhalten. Aber ich fürchte auch, daß wir diese Gelegenheit nicht nutzen werden“, sagte der amerikanische Physiker und Rüstungsexperte Garwin im Januar dem „Spiegel“. Brauch gibt einen Überblick über den Stand der Rüstung im All, analysiert die dadurch ausgelösten strategischen und politischen Gefahren und macht konkrete Vorschläge für gemeinsame europäische Abrüstungsinitiativen zur Abwehr dieser „besonders tödlichen Variante des Wettrüstens“ (Garwin).



Verlag J.H.W. Dietz Nachf.



Und dann

Interview

Syrien - ein Land, das geprägt religiösen Gruppierungen, die im 1970 gelangte der jetzige Präsident innen- und außenpolitischen Sch Diktaturen bewährte Taktik an, d um eine geschlossene Opposition Ein Bericht von 'amnesty inte: systematische Menschenrechtsver (ai-Information 12/83, S. 3). Nachdem wir in unserer Januar-Asylanten, zur allgemeinen Situ über sein persönliches Schicks schon"-Staat um politisches Asyl

Ahmmad: Ich heiße Ahmmad Mohammad, bin 28 Jahre alt, habe in Syrien eine abgeschlossene Ausbildung als Assistenteningenieur im Tiefbau, habe zwei Jahre gearbeitet und dabei ein Fernstudium in Betriebswirtschaft angefangen. - 1980 bin ich in die Bundesrepublik geflohen. Mein Asylantrag ist jetzt zum zweiten Mal beim Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen abgelehnt worden. Falls der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens beim Oberverwaltungsgericht in Münster abgelehnt wird, droht mir die Ausweisung.

Holzworm: Du bist hier nach Deutschland gekommen, weil du dir politisches Asyl erhofftest. Wie sah deine Situation, deine politische Arbeit in Syrien aus?

A.: Ich habe in Syrien in einer nasseristischen Organisation (Anm.d.R.: Im arabischen Raum berufen sich viele verschiedene Parteien auf das Erbe des ägyptischen Präsidenten Nasser) gegen das Regime gearbeitet.

"Lähmt den Mut!"

mit einem Asylbewerber

ist durch eine Vielzahl von verschiedenen Nationalitäten und in einem Staat unter einer Regierung leben müssen.

ident Assad durch einen Militärputsch an die Macht. Um seine Schwierigkeiten vertuschen zu können, wendete er die in vielen die einzelnen Gruppierungen im Volk gegeneinander aufzuhetzen, zu verhindern.

national' dokumentiert, daß syrische Sicherheitskräfte für Verletzungen, Folter und politische Morde verantwortlich sind

Ausgabe einen Bericht von Ahmmad Mohammad, einem syrischen in Syrien veröffentlichten, folgt hier ein Interview mit ihm, das sich in unserem "freiheitlich usw., u.a., Sie wissen Sie haben beworben zu haben.

das reicht schon. Es besteht die Möglichkeit, daß du wieder rauskommst aus dem Gefängnis, aber nur unter der Bedingung, daß du Nachrichten überlieferst, als Spitzel arbeitest. Du bleibst dann unter Kontrolle, und wenn du das nicht machst, besteht die Möglichkeit, daß du dann noch mal ins Gefängnis kommst, und dann kann es sein, daß da noch was Schlimmes mit dir passiert.

HW: Und wie habt ihr euch getroffen, wie habt ich euch organisiert?

A.: Wir haben immer so kleine Gruppen gehabt, Arbeiter, Schüler und Studenten und uns immer so ab und zu bei privaten Leuten getroffen. Keiner wußte vom anderen Bescheid, die Treffs wurden erst ein oder zwei Tage vorher mitgeteilt. Die Mitglieder kannten sich untereinander nicht, jeder hatte nur einen Spitznamen, daß man nicht unter Folter einen Namen verraten konnte. Für mich war's der Fall, daß die ein paar Leute festgenommen haben und meinen Namen entdeckt haben.

HW: Die haben deinen Namen also doch durch andere rausgekriegt?

A.: Ja, weil ein Freund, ein Bekannter von mir dabei war, der meinen Namen wußte. Der ist, glaube ich, immer noch im Gefängnis.

HW: Wie haben die dich denn dann verhaftet?

A.: Ja, ich kam von der Arbeit, es war gegen drei oder vier Uhr nachmittags. Sie kamen zu mir nach Hause, haben mich festgenommen und ins Gefängnis gebracht. Ich war ungefähr einen Monat da.

HW: Mit welcher Begründung haben die dich festgenommen?

A.: Weil ich gegen die Regierung gearbeitet habe, vor allem in einer Organisation, die zusammen mit anderen Kräften versucht hat, eine Front zu bilden.



Ahmmad bei seiner Zwangsarbeit

HW: Was waren eure Ziele?

A.: Die Demokratie in Syrien wieder einzuführen, Sozialismus natürlich und die Einigung der arabischen Länder.

HW: Und wie habt ihr gearbeitet?

A.: Die einzige Arbeit, die wir machen konnten, war, heimlich Flugblätter zu

verteilen oder in der Nacht Plakate zu kleben, nicht öffentlich, nur in der Nacht. Wenn jemand dabei gefaßt wurd, wie er Flugblätter verteilte, wurde er in's Gefängnis gesteckt. Du kannst davon ausgehen, wenn du in Syrien nicht sagst, daß du dafür bist, bist du verdächtig, dagegen zu sein. Und

HW: Und wie haben die dich behandelt im Gefängnis?

A.: Ja, geschlagen, mit der Peitsche auf die Füße. Die wollten, daß ich Namen sage, damit sich noch mehr festnehmen. Aber ich habe keine genannt. Ich bin dann rausgelassen worden, im ihnen Nachrichten zu liefern. Das habe ich aber nicht gemacht, sondern bin aus der Stadt in die Dörfer geflohen, zu Bekannten und Verwandten.

HW: Kannst du vielleicht ein bißchen mehr über das Gefängnis erzählen?

A.: Ich habe da mit zwei anderen gesessen, die auch gefoltert wurden, einer davon war von der islamischen Bruderschaft.

Das war auch eigentlich kein Gefängnis, sondern mehr eine Untersuchungsstelle von den Geheimdiensten. Es gibt dort noch andere Foltermethoden. Elektroschocks und so, aber

mich haben sie "nur" geschlagen. Wenn du dann ein zweites Mal ins Gefängnis kommst, dann kann es ein, daß du verschwindest. Du wirst dann von einem Gefängnis ins andere verlegt, und keiner weiß mehr, wo du bist. Es kann sogar sein, daß du hingerichtet wirst, ohne daß jemand davon erfährt.

HW: Wie ist dir denn deine Flucht vor der Kontrolle durch die Geheimdienste gelungen?

A.: Ich bin sofort raus aus der Stadt, in die Dörfer. Dort ist es keine große Schwierigkeit, sich zu verstecken, weil sie so weit verstreut und isoliert sind.

Ich habe oft den Ort gewechselt, bin nie lange in einem Dorf gewesen. Bei uns ist das auch anders als z.B. in Deutschland, die Familien halten besser zusammen, die Verwandten tun alles für dich.

HW: Und wie bist du dann in die Bundesrepublik gekommen?

A.: Durch einen Bruder und einen Bekannten, der Beziehungen zu den Behörden in der Stadt hatte, habe ich einen Paß bekommen.

Ich mußte sechs Monate warten, bis ich die Ausreisegenehmigung bekommen habe.

HW: Bist du dann unter falschem Namen ausgereist?

dabei geholfen hat, eine Fahrkarte zu kaufen und mich zum Zug gebracht hat und hier habe ich die Adresse einem Taxifahrer in die Hand gedrückt.

HW: Was hast du anfangs in Recklinghausen gemacht?

A.: Ja, erst einmal haben Bekannte von diesem



A.: Nein, unter meinem Namen. Du kannst in Syrien fast alles, du kannst sogar bis zum Präsidenten gelangen, du mußt nur Beziehungen haben - und Geld. Der Paß und die Ausreisegenehmigung haben mich zusammen ungefähr 2.000 DM gekostet, die hat mein Vater aufgebracht.

Ich bin von Damaskus nach Köln geflogen. Entfernte Verwandte hatten mir eine Adresse gegeben, von einem Freund, der schon vor mir aus anderen Gründen hier nach Deutschland gekommen ist.

HW: Konntest du da schon Deutsch?

A.: Nein, kein Wort. In Köln habe ich zufällig einen Türken getroffen, der mir

Freund mir ein Zimmer im Gasthaus (Hl.-Geist-Str.) besorgt, da habe ich ca. zwei Monate gewohnt! Nach zwei Wochen habe ich ersteinmal mit Hilfe meines Freundes einen Asylantrag beim Ausländeramt gestellt. Ich konnte ja kein Deutsch, Englisch auch nur schwach. Ich habe dann gewartet, in der Zwischenzeit angefangen Deutsch zu lernen, durch die CAJ (Christliche Arbeiterjugend) ein eigenes Zimmer vermittelt bekommen, und das war alles Wartezeit. Dann, ungefähr nach einem Jahr habe ich in Bergkamen ein Protokoll gemacht mit genauen Fragen zu meinem Antrag.

HW: Ein Jahr lang haben die dich warten lassen, keine Nachricht gegeben und wußten

ständig deine Adresse?

A.: Ja, und nachher, so ungefähr sechs Monate später, habe ich dann einen Termin beim Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen bekommen.

HW: Und wovon hast du in der Zwischenzeit gelebt?

A.: Vom Sozialamt. Am Anfang war's noch leicht, ich bin immer mit Bekannten hin, die mir geholfen haben, weil ich ja noch nicht so gut Deutsch konnte. In letzter Zeit ist es aber immer schwieriger, das Geld zu bekommen.

Viele alleinstehende Asylanten und Sozialhilfeempfänger müssen jetzt gemeinnützige Arbeiten verrichten. Für DM 1 die Stunde. Wenn du das nicht machst, wenn du zwei Tage nicht zur Arbeit kommst, wird das Geld gekürzt. Die deutschen Behörden sind auch nicht viel besser als unsere Geheimpolizei, sie behandeln dich wie den letzten Dreck, sie beuten dich aus. Es ist kein Unterschied, so eine Angst habe vor den Behörden. Du bist für die nur ein Mensch, der hergekommen ist, nur um Hilfe zu verlangen oder Geld oder Arbeit. Ich bin sogar einmal hin zum Sozialamt und habe denen gesagt, daß, wenn sie mir einen Paß gäben, ich sofort abhauen würde, nur weg von hier, egal wohin.

Weißt du, diese Arbeit, die ich fünf Stunden am Tag machen muß, ich werde einfach dazu gezwungen. Manchmal ist man aber doch so psychisch belastet, daß man nicht arbeiten kann. Ich merke das manchmal bei mir an meinen Gedanken. Was mit mir passiert, mit meinem Antrag, wie meine Zukunft aussieht; dann kann ich überhaupt nicht schlafen, dann gehe ich um zehn ins Bett und dauert bis vier Uhr morgens bis ich endlich eingeschlafen bin und muß um sechs schon wieder aufstehen.

HW: Was machst du denn für eine Arbeit?

A.: Wir arbeiten entweder auf dem Friedhof, manchmal auch auf der Straße, Laubfegen oder so, oder beim Forstamt.

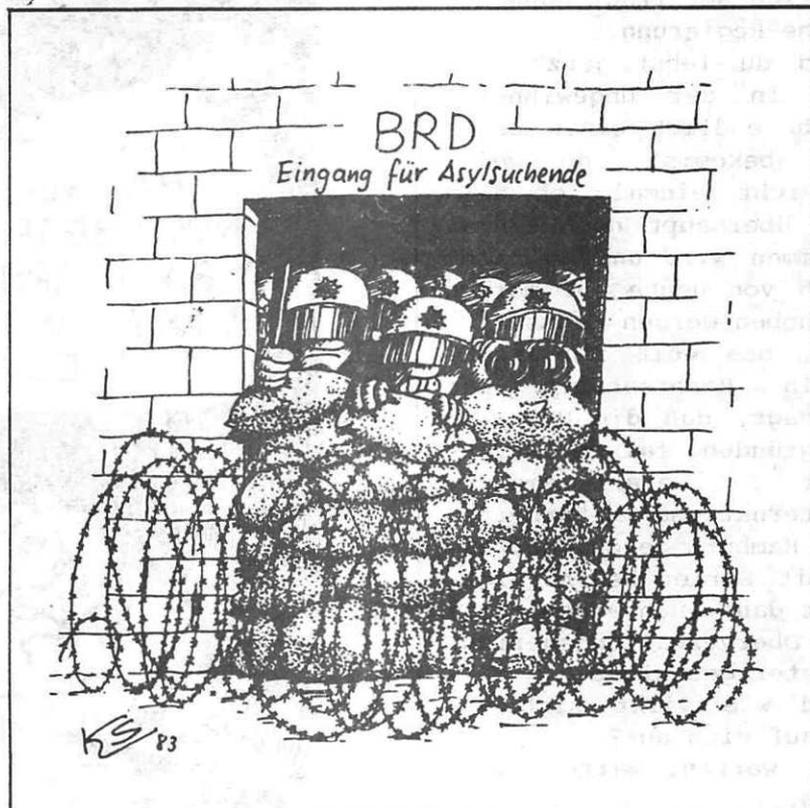
HW: Was meinst du denn zu der Arbeit, die du tun mußt, ist die wirklich extra für euch oder spart man durch euch auf billige Art und Weise ein paar 'reguläre' Arbeitskräfte ein?

A.: Ja, die Arbeit im Forsthaus z.B., die Leute, die da arbeiten, arbeiten für 1 DM in der Stunde, aber das ist wirklich schwere Arbeit, Muskelarbeit. DM 15 in der Stunde wären wenig dafür. Normalerweise wurden dafür Waldarbeiter eingesetzt. Wir sägen die Bäume ab, die kaputten natürlich, vertrocknete oder so, schnei-

A.: Fast zwei Jahre. Die behandeln dich einfach als Körper, als Material, daß du das unbedingt machen mußt. Die achten nicht, daß du irgendwie psychisch belastet bist, daß du nicht schlafen konntest, Hauptsache, daß du arbeitest. Wie du dich fühlst, was du für Probleme hast, das interessiert überhaupt nicht. Wenn du nicht arbeitest, dann droht der Beamte sofort, daß Geld zu kürzen oder zu streichen und dann weiß ich nicht, wie ich leben kann.

HW: Wie geht denn jetzt dein Verfahren weiter?

A.: Ja, ich bin also zweimal abgelehnt worden mit der Begründung, daß ich erst beweisen soll, daß ich 1980, seit ich hier in Deutschland bin, in Syrien politisch verfolgt wer-



den sie klein, dann müssen wir sie aus dem Wald heraustragen, so 100 bis 150 Meter weit, danach müssen wir das Holz aufladen und am Forsthaus mit der Axt spalten.

HW: Und wie lange arbeitest du jetzt da?

de. Aber wie soll ich das beweisen, wenn ich hier in Deutschland bin? Es reicht nicht, wenn ich erzähle, daß ich im Gefängnis war und verfolgt worden bin. Ich warte jetzt darauf, daß ich eine 3. Verhandlung be-

komme. Entweder bekomme ich eine neue Verhandlung, oder, wenn die in Münster ablehnen, kann ich jeden Tag ausgewiesen werden.

HW: Wie sieht denn so eine Befragung in einer Verhandlung aus?

A.: Am Anfang war der Kampf zwischen mir und dem Auswärtigen Amt. Die haben behauptet, daß die Organisation für die ich gearbeitet habe, seit 1970 nicht mehr existiert. Aber die haben ihre Informationen von der syrischen Regierung, und die haben ja jede Opposition für aufgelöst erklärt.

Alles was ich sage, muß vom Auswärtigen Amt bestätigt werden, es hilft mir auch nichts, daß andere Asylbewerber das Gleiche erzählen, Zeugen zählen nicht. Und das Auswärtige Amt fragt dann die syrische Regierung.

HW: Und du lebst jetzt also wieder in der Ungewißheit, wann du endlich einen neuen Termin bekommst, du weißt noch nicht einmal, ob dein Antrag überhaupt noch einmal angenommen wird und du nicht einfach von heute auf morgen abgeschoben werden kannst?

A.: Ja, das weiß ich nicht. Mein Rechtsanwalt hat gesagt, daß die Urteilsbegründung falsch ist. Er hat sie einer amnesty international-Mitarbeiterin in Hamburg geschickt, die sich mit Syrien beschäftigt. Die hat dann auch einen Brief an das Oberverwaltungsgericht in Münster geschickt.

HW: Und wie wirkt sich das Ganze auf dich aus?

A.: Ja, warten, warten, warten...

HW: Scheißgefühl, ne?!

A.: Ja, das stimmt.

HW: Hast du denn viele Kontakte zu Deutschen?

A.: Ja, das ist auch schwierig für mich. Auf der einen Seite habe ich hier viele gute Freunde, auf der anderen Seite möchte

ich weg, weil ich hier so schlecht behandelt werde.

Ausländer sollen mi

Vor ca. 100 Besuchern führte die Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit am 28. März im Saal der Volkshochschule Recklinghausen eine Podiumsdiskussion zum Thema "Kommunales Wahlrecht und Ausländerbei-

rat" durch. Als fachkundiger Referent war Diplompädagoge Gerhardt Jahn von der Universität Duisburg gekommen. In seinem Referat ging er vor allem auf die unterschiedlichen Formen von kommunaler



kann Anträge einbringen.

Der Hauptmangel aller Modelle, so hob Jahn hervor, ist die Tatsache, daß sie im Grunde keine Entscheidungskompetenz haben. Von daher müsse als wichtigster Schritt in Richtung der politischen Gleichstellung von Ausländern die Errichtung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene angesehen werden.

Um das kommunale Wahlrecht zu erreichen, sei in Nordrhein-Westfalen nur eine Änderung der Gemeindeordnung nötig. Anzumerken sei auch, daß in Hessen das kommunale Wahlrecht durch die dortige Landesregierung durchgesetzt worden sei.

Im Anschluß an Jahn stellte ein Vertreter der Initiative die Ziele des vor kurzem gemeinsam mit den Grünen an den Rat gestellten Bürgerantrags dar und entwickelte einen kurzen historischen Abriß der Ausländerpolitik in Deutschland, wobei die Parallelen zwischen der faschistischen Politik Hitlerdeutschlands und der heutigen Behandlung der Ausländer nicht zu überhören waren.

Weiter stellten die Vertreter von SPD, FDP und Grüne die Standpunkte ihrer Organisationen dar, soweit sie sich dazu für kompetent hielten. Im Klartext: einzige der Vertreter der Grünen schien sich intensiv auf die Diskussion vorbereitet zu haben. Der Vertreter der SPD versuchte anfangs sogar, dem Publikum die vor kurzem gestartete Ratsinitiative eines 'Deutsch-Türkischen Arbeitskreises' als Modell eines Ausländerbeirates zu verkaufen. Dies stieß auf helle Empörung. - Über die Frage eines kommunalen Wahlrechts könne er keine Ausführungen machen, da er die aktuelle Beschluslage der Partei nicht kenne. Nun, der Vertreter der Grünen kannte diese offenbar besser und zitierte aus Par-



Wählen

Partizipation (Teilnahme) durch ausländische Mitbürger am politischen Geschehen ein.

Die Initiative hatte die vier Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne als Diskussionspartner eingeladen. Erschienen waren aber nur die drei letztgenannten. Die CDU hatte abge sagt, weil sie sich "an solchen Zirkusveranstaltungen" nicht beteilige.

Nun, die Diskussion war keineswegs eine Zirkusveranstaltung, sondern überaus lebhaft, informativ und durch ein sehr sachkundiges Publikum geprägt.

Gerhardt Jahn erläuterte zu Beginn verschiedene Modelle von Ausländerbeiräten, so das sogenannte Essener und das Stuttgarter Modell:

In Essen sitzen 12 Deutsche und 14 Ausländer im dortigen Ausländerbeirat. Die Deutschen werden von der Ratsversammlung benannt, die Ausländer von ausländischen Bürgern bestimmt, indem die wichtigsten Ausländervereine Vertreter in den Beirat entsenden. Problematisch bei diesem Modell ist die Frage, wer die Vereine auswählt, die Vertreter entsenden dürfen.

Beim sogenannten Stuttgarter Modell werden in Urwahl direkt Vertreter der Ausländer in den dortigen Ausländerausschuß gewählt. Dieser Ausschuß hat im Rat rechtlich den Status eines 'sachkundigen Bürgers', d.h. er hat Rede- und Beratungsrecht und

teibeschlüssen der SPD.

Auf die Frage, warum nur Türken in diesem Arbeitskreis sitzen sollen und nicht auch andere ausländische Bürger, antwortete der SPD-Vertreter mit der erstaunlichen Einsicht, daß sich z.B. Türken und Jugoslawen nicht an einen Tisch setzen würden.

Der Vertreter der FDP stellte zuerst fest, daß er die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Ausländer für verfassungsrechtlich nicht durchführbar halte, da zuerst der Artikel 20 GG geändert werden müßte, und dies sei nicht zulässig. (Immer hübsch nur den § nennen, der gerade paßt, wa! d.S.) Er wies weiter darauf hin, daß die FDP die Einsetzung eines Ausländerbeirates begrüße, sie habe einen ähnlichen Antrag selber schon einmal gestellt als sie noch im Stadtrat vertreten war. Ausführlich entwickelte der Vertreter der Grünen seine Position, wobei prinzipiell Wahlrecht und Ausländerbeirat befürwortet wurden. Er wies vor allem die Auffassung des SPD-Vertreters zurück, wonach nationale Feindschaften zwischen ganzen Volksgruppe wie etwa Türken und Jugoslawen beständen. Es sei auch nicht zutreffend, daß es nur eine 'Türkenproblematik' und keine Ausländerfeindlichkeit allgemein gebe. Vielmehr liege es im Interesse der konservativen Kreise, die Ausländer allgemein zum Schuldigen für die wirtschaftliche Krise zu erklären. Hierbei seien die nationalen Gruppen letztlich austauschbar, gegen die sich dann eine besondere Feindschaft richte. Die Türken seien nur zufällig das letzte Glied in einer Kette.

In der abschließenden Diskussion standen dann die Fragen möglicher doppelter Staatsbürgerschaft, Durchsetzungsmöglichkeiten für das kommunale Wahlrecht, Ursachen

von Ausländerfeindlichkeit im Mittelpunkt.

Reges Interesse war bis zur letzten Minute zu verzeichnen, wobei die Volkshochschule die Möglichkeit zur Diskussion durch ihr Entgegenkommen noch etwas veränderte.

Zum Abschluß wies ein Vertre-

ter der Initiative auf die 14-tägig stattfindenden Plenarsitzungen im Heinrich-Pardon-Haus hin und forderte die Anwesenden auf, die Arbeit der Initiative tatkräftig zu unterstützen.

Wolfgang**



Die Kohle muß stimmen!

Die Kohle muß stimmen! Dies gilt auch für den Attatroll Buchladen. Von dieser wirtschaftlichen Seite gesehen, haben wir den Vorteil, daß keine Löhne gezahlt werden. Das sollte helfen die "mageren Jahre" in der Anfangszeit zu überbrücken.

Jeden Monat kommen auf uns fixe Kosten in Höhe von fast 1.500 DM zu. Nur um dieses Geld für Miete, Telefon, Versicherungen ... aufzubringen, müssen wir einen Umsatz von rund 3.600 DM machen. Wenn wir nur diesen Umsatz machen, bleibt kein einziger Pfennig für den Bucheinkauf und für andere Ausgaben übrig. - Im ersten

Vierteljahr unserer Bestehens an der Herner Str. (Jan.-März) haben wir im Monat durchschnittlich 5.400 DM eingenommen.

Wenn wir mal von diesem Monatsumsatz ausgehen, ergibt sich folgendes:

5.400,- Umsatz
- 3.700,- was für Waren bezahlen müssen
- 1.500,- feste Ausgaben
= 200,- Rest

Das ist natürlich viel zu wenig, um neue Bücher zu kaufen, und um andere Ausgaben wie Einrichtung und Werbung bestreiten zu können. -